



## **Ergebnis der Mai-Steuerschätzung für Niedersachsen: 2020 - 2024 Einnahmeausfälle von 8 Milliarden Euro erwartet**

Hannover. Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung bestätigen den befürchteten beispiellosen Einnahmeeinbruch im niedersächsischen Landeshaushalt für die kommenden Jahre: allein 2020 werden weniger Steuereinnahmen in Höhe von 3,378 Milliarden Euro prognostiziert. Für 2021 liegen die Bruttoeinnahmen um 1,338 Milliarden Euro, für 2022 um 1,409 Milliarden Euro, für 2023 um 977 Millionen Euro und für 2024 um 817 Millionen Euro unter den bisherigen Erwartungen.

„Der weltweite Wirtschaftseinbruch in Folge der Corona-Pandemie führt zu Steuerausfällen auf allen staatlichen Ebenen in einem bisher nicht vorgekommenen Ausmaß. Auch für den Landeshaushalt stellen die Mindereinnahmen eine nie dagewesene Belastung dar. Gleichwohl werden wir weiterhin finanzpolitisch alles Erforderliche unternehmen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen und unsere Wirtschaftsstrukturen bestmöglich über die Krise hinaus zu erhalten. Die Zahlen machen aber deutlich, dass wir uns über viele Jahre auf erhebliche Steuermindereinnahmen einstellen müssen. Das ist nicht ohne dauerhafte Ausgabeminderungen zu kompensieren“, erklärte der Niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers bei der Vorstellung der regionalisierten Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung am (heutigen) Montag.

Der Finanzminister kündigte die Vorlage eines 2. Nachtragshaushalts an, der einerseits die Steuermindereinnahmen abbildet und zugleich die Finanzierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie sichert. Dabei werde man auf eine Neuverschuldung nicht verzichten können. „Für die neu am Finanzmarkt aufgenommen Kredite werden wir einen soliden Tilgungsplan vorlegen“, betonte Hilbers. „Die nächsten Jahre werden eine enorme Herausforderung für uns darstellen. Die strukturellen, dauerhaften Steuermindereinnahmen werden zu Wohlstandsverlust führen und unsere Spielräume erheblich einengen. Das Ausgabevolumen ist in den kommenden Jahren auf den Prüfstand zu stellen.“

Hilbers zeigte sich gleichwohl zuversichtlich, dass Niedersachsen die Krise meistern wird. In den vergangenen Jahren wurden nicht alle Spielräume für neue Ausgabeprogramme genutzt. Vielmehr entschied man sich für den Einstieg in die Altschuldentilgung und sicherte durch die Anlage von Sondervermögen wichtige Prioritäten ab. Die finanzpolitische Nachhaltigkeit bleibe ein wesentliches Kennzeichen dieser Landesregierung.

Auch für die niedersächsischen Gemeinden weist die neue Steuerschätzung Einnahmeeinbrüche aus. Aus der Regionalisierung ergeben sich Rückgänge gegenüber der Oktober-Steuerschätzung in Höhe von 1.122 Millionen Euro im Jahr 2020, 375 Millionen Euro im Jahr 2021, 521 Millionen Euro im Jahr 2022, 488 Millionen Euro im Jahr 2023 und 451 Millionen Euro im Jahr 2024.

Es ergeben sich rechnerisch aus den Mindereinnahmen auf Landesebene auch geringere Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 536 Millionen Euro (2020), 212

<p>Nr. 027/20 Tiede</p> <p>Pressestelle Schiffgraben 10, 30159 Hannover</p>	<p>Tel.: (0511) 120-8186 Fax: (0511) 120-8064</p>	<p><a href="http://www.mf.niedersachsen.de">www.mf.niedersachsen.de</a> E-Mail: <a href="mailto:pressestelle@mf.niedersachsen.de">pressestelle@mf.niedersachsen.de</a></p>
---	---	--

Millionen Euro (2021), 223 Millionen Euro (2022), 156 Millionen Euro (2023) und 132 Millionen Euro (2024).

Im Hinblick auf die Hinweise der Kommunen auf Steuerausfälle stellte der Minister fest: „Die Entwicklung zeigt, wir sitzen alle im selben Boot. Alle staatlichen Ebenen sind gleichermaßen betroffen und werden schmerzhaft Maßnahmen ergreifen müssen.“

Der Landeshaushalt kann in diesem Jahr mit insgesamt rund 26,6 Milliarden Euro, im kommenden Jahr mit rund 29,5 Milliarden Euro, 2022 mit 30,2 Milliarden Euro, 2023 mit 31,2 Milliarden Euro und 2024 mit 32,4 Milliarden Euro Steuereinnahmen rechnen. Nach dem Kommunalen Finanzausgleich ergeben sich rechnerisch Rückgänge gegenüber den aktuellen Planungen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro in diesem Jahr, 1,1 Milliarden Euro im kommenden Jahr, 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2022, 0,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 und 0,7 Milliarden Euro im Jahr 2024.

Mit der aktuellen Steuerschätzung wurden erstmal die Folgewirkungen des Corona-bedingte Wachstumseinbruchs geschätzt. Die durchgreifende wirtschaftliche Problematik der aktuellen Krise besteht darin, dass es anders als bei den meisten früheren großen konjunkturellen Einbrüchen zu einem simultanen Angebots- und Nachfrageschock kommt und dies sowohl auf dem Inlands- als auch den Auslandsmärkten. Das reale Wirtschaftswachstum wird für 2020 mit -6,3 Prozent (ursprüngliche Annahme: 1,0 Prozent) und für 2021 mit 5,2 Prozent (ursprüngliche Annahme 1,3 Prozent) prognostiziert.

Für die Jahre ab 2021 wird die Konjunktur zwar nach der Schätzprognose wieder anziehen, die Folgen des Einbruchs in 2020 wirken jedoch aufgrund der erfolgten Niveauabsenkung fort. Insgesamt kommt es infolge der Corona-Pandemie neben den konjunkturellen Mindereinnahmen auch zu nennenswerten dauerhaften strukturellen Mindereinnahmen. Aufgrund der schweren Abschätzbarkeit des weiteren Pandemieverlaufs und fehlender historischen Erfahrungen mit ähnlichen Situationen ist die aktuelle Projektion mit einem besonders hohen Maß an Unsicherheit verbunden.

„Wir werden jetzt die Instrumente der Schuldenbremse nutzen, um der Krise entgegenzuwirken. Dabei darf die Fiskalpolitik nicht aus den Augen verloren werden. Alles, was zur Bewältigung der Krise aufgewendet wird, muss auch zurückgezahlt werden. Ziel ist weiterhin eine nachhaltige Finanzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, eine dauerhafte Neuverschuldung zu vermeiden und schnell zu einem nachhaltigen, strukturell ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren. Nachhaltiger Haushaltsausgleich und Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Epidemie stehen vereint obenan“, fasste Hilbers zusammen.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen tagte vom 11. bis zum 14. Mai, um die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre 2020 bis 2024 zu ermitteln. Zum ersten Mal in der Geschichte des Arbeitskreises fand die Sitzung als Videokonferenz statt.

**Anlage:** Ergebnisse der Steuerschätzung vom 11. – 14. Mai 2020

Nr. 027/20 Tiede		
Pressestelle Schiffgraben 10, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-8186 Fax: (0511) 120-8064	www.mf.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mf.niedersachsen.de



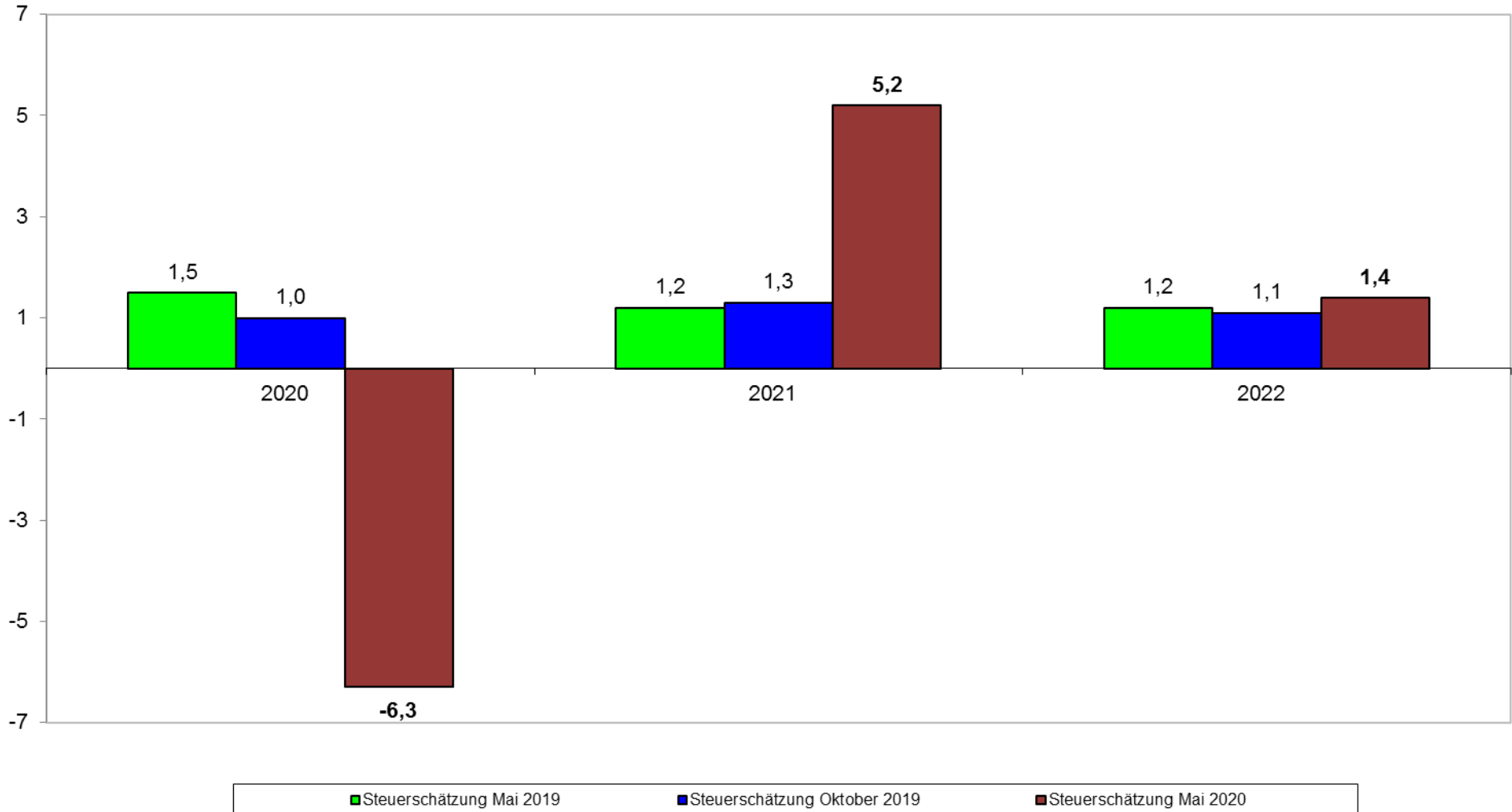
# **Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. - 14. Mai 2020**



- historisch einmalige Belastung für das Land Niedersachsen und seine Bürgerinnen und Bürger
- erstmals Rückgang der Steuereinnahmen seit 2009 (Kapital- und Finanzmarktkrise)
- Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes und zur Unterstützung der Wirtschaft sind und waren wichtig, um die Pandemie gut zu überwinden
- all diese Maßnahmen wirken sich belastend auf die (Steuer-)Einnahmen des Staates aus
- Mindereinnahmen treffen auf einen dank der soliden Haushaltspolitik der vergangenen Jahre strukturell ausgeglichenen Haushalt, der mit Hilfe der in dieser Legislaturperiode erfolgten Altschuldentilgung auf ein festes Fundament gestellt ist
- Dies ermöglicht es uns, den nunmehr richtigen Dreiklang an Maßnahmen als Teil einer auf Dauer ausgerichteten nachhaltigen Finanzpolitik zu ergreifen:
  1. Aktives Handeln in der Krise durch Nutzung der Instrumente der Schuldenbremse
  2. (sobald wie möglich) Rückkehr zu einer an wirtschaftlichem Wachstum und notwendiger Stabilität austarierten Finanzpolitik
  3. Festhalten an solider Haushaltspolitik ohne strukturelle Neuverschuldung, klaren Tilgungsregelungen und dauerhaft in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalten



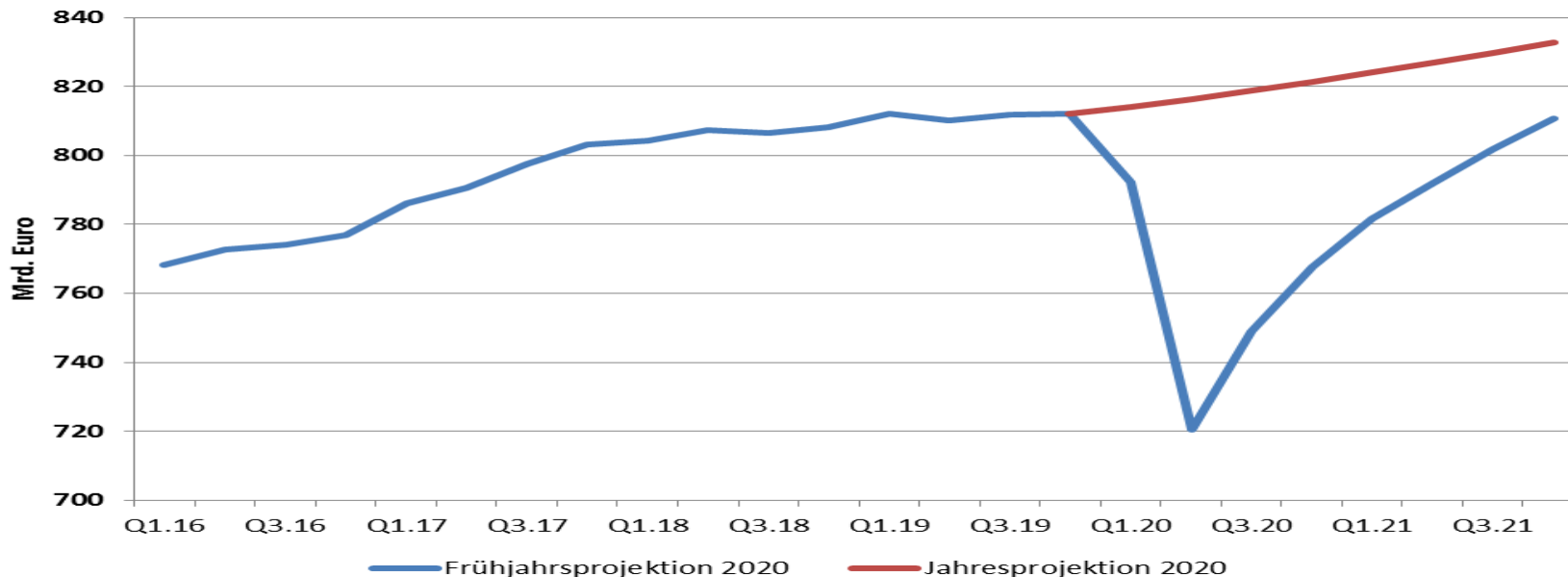
Schätzung der Wachstumsraten für das reale BIP in %





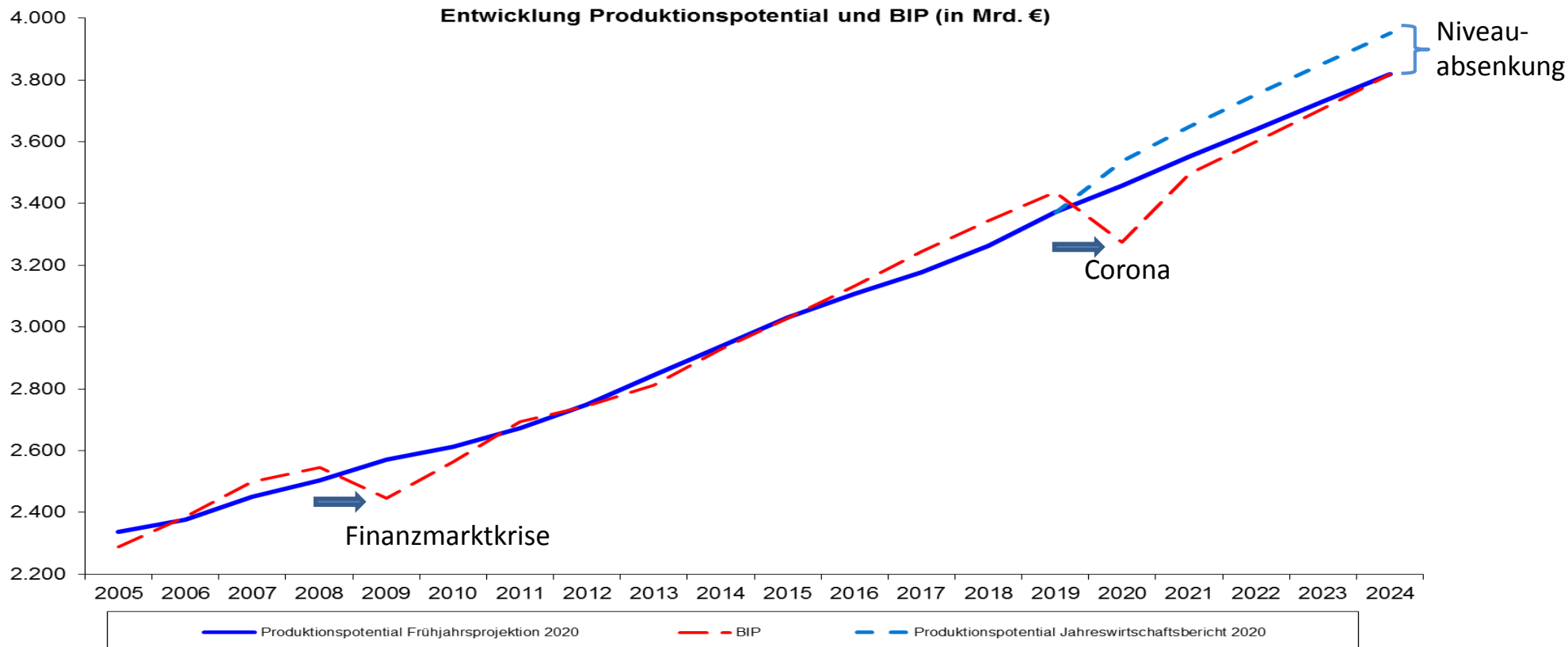
- Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie trifft alle betroffenen Volkswirtschaften hart
- schwerste Rezession der deutschen Volkswirtschaft seit Gründung der BRD (Q2 2020: -9,0 %)
- für 2021 einsetzende Erholung mit hoher Wachstumsrate 2021 (Gegeneffekt zu 2020)
- Summe der erwarteten Wohlfahrtsverluste bis Ende 2021 rund 400 Mrd. €
- erst im zweiten Halbjahr 2022 wieder auf Vorkrisenniveau
- Annahmen: keine weitere Pandemiewellen sowie ab Mitte Mai graduelle Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen, in deren Folge die wirtschaftliche Aktivität wieder zunimmt

**Abbildung:** Quartalsweise Entwicklung des nominalen BIP im Vergleich zur Vorkrisenerwartung





- Corona-bedingter Wirtschaftseinbruch in 2020 führt zu einer deutlichen Unterauslastung der Produktionsfaktoren
- Negative Produktionslücke in 2020 i.H.v. -5,3 % bzw. -183,3 Mrd. €
- Technische Annahme der Bundesregierung: Wirtschaft kehrt bis zum Ende des Projektionszeitraums zum Potentialpfad zurück (Schließen der Produktionslücke bis 2024)





- Annahme Bundesregierung: strukturelle Wachstumsmöglichkeit der Volkswirtschaft ist durch Krise negativ beeinflusst

=> deutlich abgesenkte Schätzung des Produktionspotentials

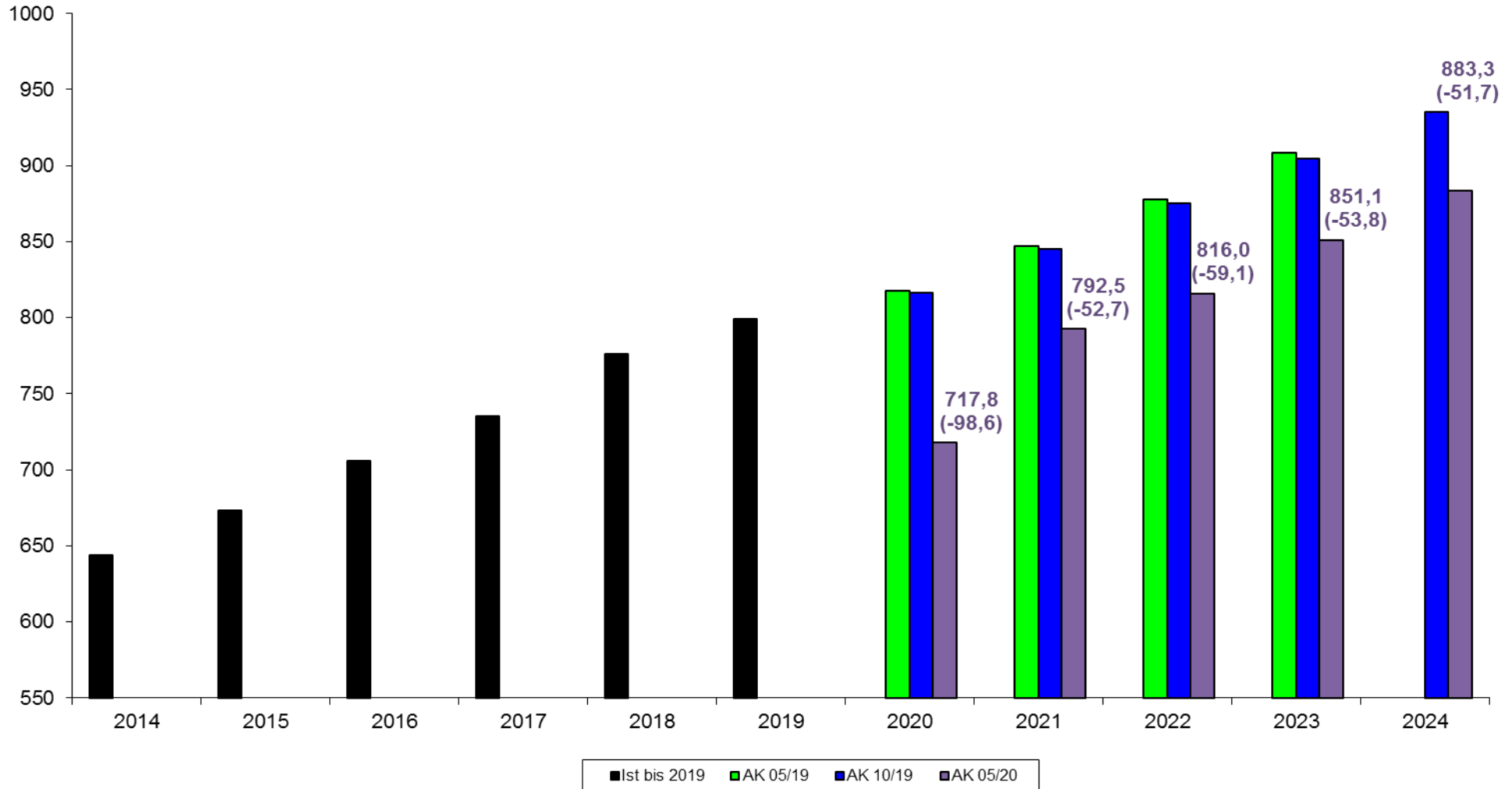
Nominales Produktionspotential (in Mrd. €)	<u>2020</u>	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>
Jahreswirtschaftsbericht 2020	3.537,8	3.648,6	3.751,8	3.853,2	3.952,8
Frühjahrsprojektion 2020	3.458,2	3.551,3	3.641,1	3.730,4	3.819,0
<b>Differenz Schätzung</b>	<b>-79,6</b>	<b>-97,3</b>	<b>-110,7</b>	<b>-122,8</b>	<b>-133,8</b>

**FOLGE: dauerhafte (strukturelle) Steuermindereinnahmen durch Niveauabsenkung**



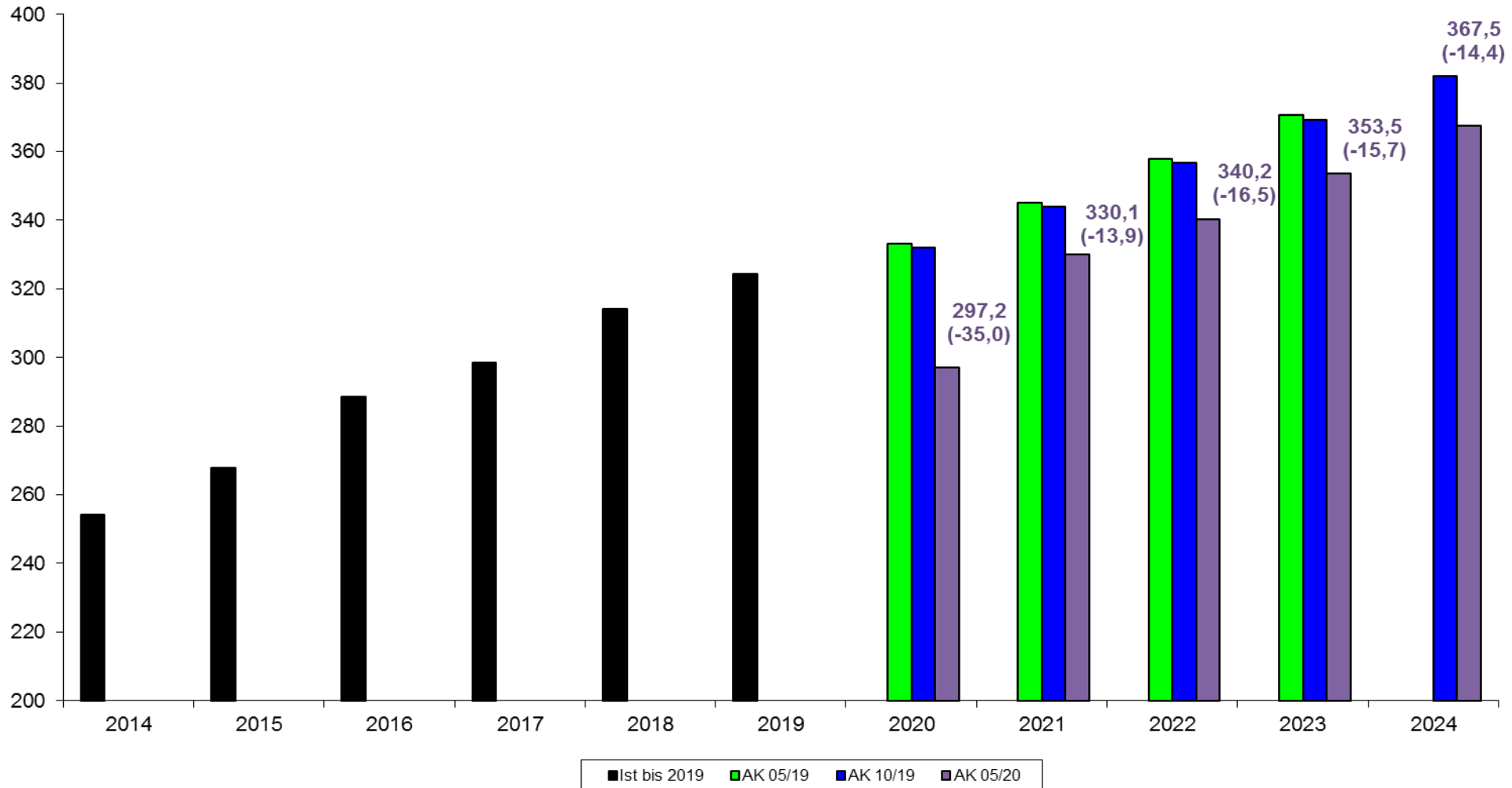


Steuereinnahmen Bund, Länder, Gemeinden in Mrd. €



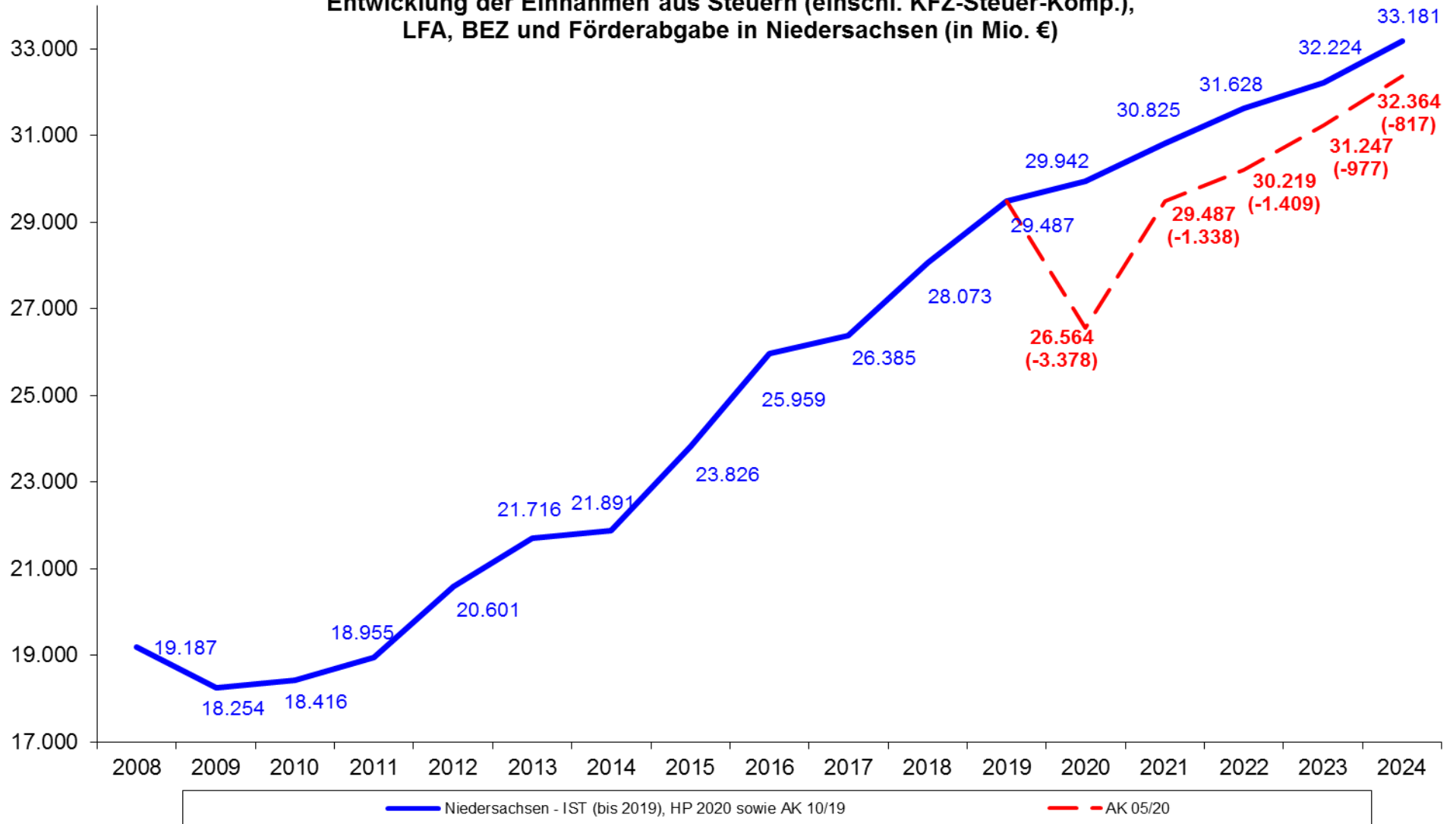


### Steuereinnahmen Ländergesamtheit in Mrd. €





Entwicklung der Einnahmen aus Steuern (einschl. KFZ-Steuer-Komp.), LFA, BEZ und Förderabgabe in Niedersachsen (in Mio. €)





### Auswirkungen für Niedersachsen

Einnahmeentwicklung	<u>2020</u>	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>	<u>2024</u>
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Bruttoergebnis AKS Mai 2020	-3.378	-1.338	-1.409	-977	-817
Veränderungen KFA	-536	-212	-223	-156	-132
Rechnerisches Nettoergebnis	-2.842	-1.126	-1.186	-821	-685



- Steuerschätzung bestätigt den befürchteten historisch beispiellosen Einnahmeeinbruch
- Zahlen weisen hohes Maß an Ungewissheit auf, wobei die Abwärtsrisiken überwiegen (Momentaufnahme)
- Auswirkungen aus Corona-Pandemie führen zu einer dauerhaften Niveauabsenkung der Steuereinnahmen (neben konjunkturellen auch strukturelle Mindereinnahmen)
- nie dagewesene Belastung für den Landeshaushalt (Jahrhundertereignis)
- Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik und Sicherstellung der Finanzierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie stehen vereint obenan
- **Finanzpolitische Nachhaltigkeit bleibt handlungsleitend:**
  - => Instrumente Verschuldungsregelung greifen und sorgen für den Ausgleich der aktuellen krisenbedingten Mindereinnahmen
  - => Fortsetzung der auf Stabilität ausgerichteten Finanz- und wachstumsorientierten Steuerpolitik zur nachhaltigen Überwindung der Wirtschaftskrise
  - => Rückkehr zur Aufstellung eines dauerhaft ohne neue Schulden ausgeglichenen Haushalts nach Überwindung der Krise

**Ergebnis der Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2020**

Bundesweit ergeben sich folgende **Abweichungen** gegenüber der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Oktober 2019 (in Mrd. €):

2020	2021	2022	2023	2024
-98,6	-52,7	-59,1	-53,8	-51,7

Davon entfällt auf die Ländergesamtheit (in Mrd. €):

2020	2021	2022	2023	2024
-35,0	-13,9	-16,5	-15,7	-14,4

Die **abgeleitete Regionalisierung** führt für Niedersachsen zu folgenden Ergebnissen für Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, Kfz-Steuer-Kompensation, Förderabgabe sowie Gewerbesteuer Offshore (in Mio. €):

2020	2021	2022	2023	2024
26.564	29.487	30.219	31.247	32.364

Die Regionalisierungszahlen wurden auf der Basis einer Förderabgabe von 80 / 60 / 50 / 50 / 50 Mio. € berechnet.

Gegenüber den Ansätzen im HP 2020 und der MiPla 2019-2023 ergeben sich **brutto** folgende Abweichungen einschließlich Förderabgabe und Gewerbesteuer Offshore (in Mio. €):

2020	2021	2022	2023	2024
-3.378	-1.338	-1.409	-977	-817

Aus der neuen Steuerschätzung ergeben sich rechnerisch Veränderungen für den KFA im Vergleich zum HP 2020 und der MiPla 2019-2023 (in Mio. €):

2020	2021	2022	2023	2024
-536	-212	-223	-156	-132

Für die Steuereinnahmen der niedersächsischen Kommunen ergeben sich aus der offiziellen Regionalisierung folgende Abweichungen gegenüber der letzten Steuerschätzung im Oktober 2019 (in Mio. €):

<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>
-1.122	-375	-521	-488	-451

Die Aufteilung auf die einzelnen Steuerarten ergibt sich aus der Anlage.

Ergebnis AK 05/20 im Vergleich zur letzten  
Steuerschätzung Oktober 2019 für die nds. Kommunen (in Mio. €)

Anlage

Stand 14.05.2020

Nds. Kommunen	2020			2021			2022			2023			2024		
	AK 10/19	AK 05/20	Diff.	AK 10/19	AK 05/20	Diff.	AK 10/19	AK 05/20	Diff.	AK 10/19	AK 05/20	Diff.	AK 10/19	AK 05/20	Diff.
<b>Gemeindesteuern</b>															
Grundsteuer A	71	72	1	71	72	1	70	71	1	70	71	1	70	70	0
Grundsteuer B	1.411	1.416	5	1.426	1.429	3	1.441	1.442	1	1.456	1.455	-1	1.471	1.468	-3
Gewerbesteuer	4.231	3.337	-894	4.366	4.125	-241	4.486	4.217	-269	4.603	4.365	-238	4.719	4.517	-202
Gemeindeanteil an LSt und ESt	3.726	3.338	-388	3.915	3.635	-280	4.124	3.853	-271	4.348	4.080	-268	4.570	4.308	-262
Gemeindeanteil an der AbgSt.	40	53	13	41	50	9	42	50	8	42	51	9	43	51	8
Gemeindeanteil an der USt	649	710	61	663	772	109	676	659	-17	689	675	-14	702	690	-12
Gewerbesteuerumlage (100 %)	-369	-289	80	-381	-357	24	-391	-365	26	-401	-378	23	-411	-391	20
Erhöhte Gewerbesteuerumlage (ab 2020 aktuelle Rechtslage)			0			0			0			0			0
<b>Zusammen</b>	<b>9.759</b>	<b>8.637</b>	<b>-1.122</b>	<b>10.101</b>	<b>9.726</b>	<b>-375</b>	<b>10.448</b>	<b>9.927</b>	<b>-521</b>	<b>10.807</b>	<b>10.319</b>	<b>-488</b>	<b>11.164</b>	<b>10.713</b>	<b>-451</b>
	Veränderung zur letzten Steuerschätzung														